

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	7
2	Weltordnung und außenpolitische Realität(en)	9
2.1	Theoretische Annahmen und reale Außenpolitik	9
2.1.1	Weltanschauliche Paradigmen als Basis für Außenpolitik.....	9
2.1.2	Parameter der Weltordnung	12
2.1.3	Pragmatismus als Ideologie.....	14
2.2	Realität der Außenpolitik.....	15
2.2.1	Phase des Liberalismus.....	16
2.2.2	Phase des Pragmatismus	18
2.2.3	Phase des „pragmatischen Realismus“.....	22
2.3	Innenpolitik als unbekannt Variable der USA.....	28
2.3.1	Negativer Trend im Inneren	29
2.3.2	Legitimatorische Diskrepanzen im Kontext der Geopolitik.....	31
3	Die EU als handlungsfähige Akteurin	33
3.1	Standortbestimmung.....	33
3.1.1	Konzeptuelle Bezugspunkte.....	33
3.1.2	Strukturelle Rahmenbedingungen	34
3.1.3	Status Quo: Anspruch versus Realität.....	36
3.2	Realpolitische Perspektiven	39
3.2.1	Handlungsfähigkeit der EU.....	39
3.2.2	Strategischer Kompass – ist der Weg das Ziel?.....	40
3.2.3	Liberaler Leviathan und Europa.....	43
3.2.4	Pragmatische Vernunft als Lösungsansatz.....	45
4	Fazit und Ausblick	49
	Literaturverzeichnis	51
	Der Autor	69

1 Einleitung¹

Die US-Außenpolitik unter Präsident Joseph (Joe) Robinette Biden, Jr. scheint einige Widersprüche aufzuweisen. Diese führen im Zusammenhang mit der Konkurrenz zu China im sogenannten Großmachtkonflikt bzw. der damit verbundenen geopolitischen Herausforderungen und insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Aggressionskriegs in der Ukraine zur Frage nach der Positionierung der EU – und, ob die GSVP mit dem Strategischen Kompass hinsichtlich der sicherheitspolitischen Risiken und Bedrohungen adäquat aufgestellt ist. Als rationale Akteurin in den internationalen Beziehungen muss die EU ihre Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) auf valide empirische Daten über internationale Beziehungen abstützen, ihre Interessen und Ziele klar definieren und dadurch das Wohlstands- und Sicherheitsversprechen gegenüber den EU-Bürger*innen gerade während innen- und außenpolitischer Krisenzeiten einlösen. Die Analyse des gegenständlichen Themas weist auf einige unbekannte, aber entscheidende sicherheitspolitische Variablen hinsichtlich der US-Außenpolitik hin, die künftig die Sicherheit Europas beeinträchtigen können. Diesbezüglich ist, neben einer umfassenden Kenntnis des Sicherheitsumfeldes, vor allem eine realistische Beurteilung der US-Außenpolitik notwendig.

In der Außenwirkung versuchte Präsident Biden, gegenüber Russland – als Aggressor im Ukrainekrieg – die transatlantische Entschlossenheit der USA als Führungsmacht zu demonstrieren, was auch als deutliches Signal der Stärke an China zu verstehen war (vgl. Biden 2022a; Biden 2022b). Zeitgleich wurde aber die Außenpolitik des Weißen Hauses von der eigenen Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt (vgl. Rose 2022a). Während also die heimische Wählerschaft ihrem Präsidenten zunehmend mit Skepsis begegnete – Ende März 2022 hätten laut Umfragen erstmals mehr Menschen Donald Trump zum Präsidenten als Biden selbst gewählt (vgl. Greenwood 2022), wurde der Führungsanspruch der USA seitens der internationalen Verbündeten nicht hinterfragt.

Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen in den USA – sowie die Wahlen zum Europäischen Parlament und somit der Bildung einer neuen Kommission im Jahr 2024 – lässt sich die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung

¹ Der Begriff „Pragmatische Vernunft“ aus dem Titel des Werkes lehnt sich an die Worte von Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Rede im Deutschen Bundestag 1986 an (Staack 2016: 17).

der politisch-strategischen Ebene der GSVP ableiten. Angesichts der vielen Wechselwirkungen zwischen der US-Außenpolitik und der realpolitischen Ausgestaltung der GSVP liegt der vorliegenden Analyse folgende erkenntnisleitende Fragestellung zugrunde:

- a) Welche Lehren wären aus der US-Außenpolitik unter Präsident Biden zu ziehen und inwieweit sind innenpolitische Dynamiken in den USA selbst relevant für die europäische Sicherheit?
- b) Verfügt die GSVP, angesichts der realpolitischen Bedingungen und künftigen Herausforderungen, mit dem Strategischen Kompass über angemessene Rahmenbedingungen, um die Sicherheit der EU und ihrer Bürger*innen zu gewährleisten?

2 Weltordnung und außenpolitische Realität(en)

2.1 Theoretische Annahmen und reale Außenpolitik

Seit der Inauguration von Joe Biden zum 46. Präsidenten der USA am 20. Januar 2021 wurde von der neuen Administration im Weißen Haus nicht nur eine signifikante innenpolitische Wende eingeleitet, sondern vor allem deklaratorisch eine Trendumkehr in einigen Kernbereichen der internationalen Beziehungen vollzogen. Erklärte Absicht von Präsident Biden zu Beginn seiner Amtszeit war es, eine klare Abgrenzung zu seinem Vorgänger Donald Trump, sowohl im gesellschaftspolitisch inneramerikanischen als auch im globalen Kontext, mit Fokus auf einer Stärkung der Demokratie, zu bewerkstelligen (vgl. Biden 2021b). Hierbei galt es, das polarisierte Klima nach dem gewalttätigen Sturm auf das Kapitol vom 6. Januar 2021, durch Anhänger*innen von Trump, zu überwinden sowie den geopolitischen Machtansprüchen der autoritären Rivalen China und Russland entschlossen zu begegnen (vgl. Piore 2021; Miller/Sokolsky 2021). Neben der teilweisen Rückabwicklung von Austritten aus internationalen Verträgen, die sein Vorgänger veranlasst hatte, ist die erste Phase der Präsidentschaft Bidens vor allem durch die Eindämmung Chinas als „strategic, near-peer, global competitor“ (U.S. Congress 2017), das „strategic debacle“ (Bolton 2022) in Afghanistan im August 2021 und die „Zeitenwende“ (Scholz 2022) infolge des aggressiven Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine ab dem 24. Februar 2022 geprägt. Angesichts der realpolitischen Entwicklungen wäre zunächst zu klären, welches Verständnis in den USA über die internationalen Beziehungen vorherrscht und inwieweit das aktuelle Konfliktgeschehen die Weltordnung aus der US-Perspektive beeinträchtigt.

2.1.1 *Weltanschauliche Paradigmen als Basis für Außenpolitik*

Das Verständnis über das System der internationalen Beziehungen und die realpolitische Gestaltung derselben werden in den USA stark durch zwei gegensätzliche weltanschauliche Menschenbilder beeinflusst, die auf den Thesen von Thomas Hobbes und John Locke aus dem 17. Jahrhundert beruhen (vgl. Rose 2021). Während Hobbes davon ausgeht, dass der Naturzustand des

Menschen Anarchie und Kriegszustand bedeutet, wobei jeder gegen jeden seinen „Selbstinteressen“ aufgrund der „knappheitsbedingten Konkurrenz und konkurrenzbedingten Verfeindung“ nachgeht (Kersting 2018: 214), sieht Locke hingegen einen positiven, kooperativen Ansatz auch im Naturzustand gegeben (vgl. Rose 2021). Der Naturzustand wird jedoch als anarchisch wahrgenommen. Demzufolge steht im Hauptwerk von Hobbes, „Leviathan“ aus dem Jahr 1651, der „Machtrieb als Wesensmerkmal des Menschen“ (Jacobs 2006: 47) im Mittelpunkt der Überlegungen und, davon abgeleitet, wurde das Konzept entwickelt, wonach sich Staaten in den internationalen Beziehungen wie Individuen im anarchischen Naturzustand verhalten (vgl. Rose 2021). Anders als vermutet, herrscht Gewalt im Naturzustand von Hobbes aufgrund von „rationalen Selbstinteressen“ und diesbezüglich erhalten „Lernprozesse der menschlichen Vernunft“ eine essentielle Bedeutung (Kersting 2018: 216). Diese Grundannahmen stellen einen zentralen Ausgangspunkt für Theorien der Internationalen Beziehungen dar, die wiederum Einfluss auf die realpolitischen Maßnahmen in der US-Außenpolitik haben (vgl. Rose 2021). Während Pessimist*innen (Hobbes) der Schule des Realismus zugerechnet werden, repräsentieren die liberalen Theorien die Optimist*innen (Locke). Was die Theorien des „klassischen“ Realismus, des Neorealismus sowie des Neoliberalismus teilen, ist die Einsicht, dass das internationale System „anarchisch“ und somit durch Abstinenz einer übergeordneten Ordnung charakterisiert ist (Auth 2015: 19, 57, 95). Für Neorealist*innen ist Macht „Mittel zum Zweck“ (Gu 2018: 80) und somit stehen Sicherheitsinteressen im Mittelpunkt des staatlichen Handelns. Bei neoliberalen Ansätzen beruht das Menschenbild – sowie bei den Realist*innen auch – auf dem eines „rationalen Eigennutzmaximierers“ (Schieder 2006: 181), wobei Staaten als Akteure von Kooperation profitieren und diese grundsätzlich auch anstreben. In beiden Theorieschulen ist ein gemeinsamer erkenntnistheoretischer Ansatz der „rational choice theory“ verankert und somit haben sich „beide Ansätze unter der Fahne des Rationalismus vereint“ (Gu 2018: 50). Daraus lässt sich wiederum folgern, dass Vernunft sowie das entsprechende wissenschaftstheoretische sowie philosophische Paradigma des Rationalismus einen wesentlichen Rahmen für das Verständnis der internationalen Beziehungen sowohl konzeptuell als auch realpolitisch darstellen.

Obwohl das internationale System als anarchisch wahrgenommen wird, bedeutet dies jedoch nicht, dass es frei von jeglicher Struktur ist. Demnach herrschen zwischen Staaten und anderen Entitäten des internationalen Systems „hierarchische Beziehungen“ (Lake 2008: 54). Somit existieren in der Realität der Anarchie zwischen souveränen Staaten Beziehungsstrukturen der Über- und Unterordnung, die zur Herausbildung von formellen und informellen Imperien führen. Gemäß David A. Lake errichteten auch die USA im

Im Kontext der Hobbes-vs.-Locke-Analogie steht für die USA die Verteidigung der liberalen Weltordnung im Mittelpunkt und als „Weltmacht“ sind dafür sowohl kooperative Instrumente wie „Handel“, „Verträge“ und „Wohlstandsversprechen“, als auch die der Macht mit „entsprechenden Kriegsmitteln und „Gewaltandrohung“ erforderlich (Rudolph 2022: 23). Dieser Logik folgend, wäre die EU vom russischen Aggressionskrieg deshalb überrascht gewesen, weil beim „Locke’schen Westen“ (ebd.) der Krieg „kein legitimes Mittel“ der Außenpolitik sei und, wie der deutsche Heeresinspekteur Alfons Mais es ausdrückte, angesichts des Angriffes auf die Ukraine wäre man „blank“ gewesen (ebd.; vgl. Mais 2022). Diesbezüglich würde sich auch die EU, die keine „Weltmacht“ ist, von den USA unterscheiden (Rudolph 2022: 23). Vor dem Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine wäre daher auch zu klären, wie denn die USA die Entwicklungen hinsichtlich der Weltordnung bewerten, um im nächsten Schritt mögliche Rückschlüsse für die Rolle der EU und der GSVP ableiten zu können.

2.1.2 Parameter der Weltordnung

Der im Februar 2022 begonnene Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine stellt eine historische Zäsur in der Geschichte dar und somit einen sicherheitspolitischen „Paradigmenwechsel“ (vgl. Truss 2022), denn die – seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs geltende – Friedensordnung auf dem europäischen Kontinent wurde beendet (vgl. Nye 2022a). Zwar wurden im Zuge des Zerfalls Jugoslawiens und der Sowjetunion ebenfalls bewaffnete Konflikte und Kriege geführt, diese haben aber die europäische Sicherheitsordnung nicht gefährdet, im Gegenteil, die ordnungsgebende Sicherheitsarchitektur nach dem Kalten Krieg stabilisierte sich zunächst aufgrund der internationalen Maßnahmen im Rahmen von UNO, OSZE, NATO und EU inklusive einer, aus westlicher Sicht, konstruktiven Haltung Russlands (vgl. Smith 2007).² Geopolitische Bruchlinien im Rahmen der sicherheitspolitischen Rea-

² Russland stimmte in Bosnienkrieg (1992-1995) unter dem damaligen Präsidenten Boris Jelzin dem Einsatz der über zwei Jahre dauernden Operation „Deny Flight“ der NATO-Luftstreitkräfte zur Durchsetzung einer Luftverbotszone auf der Basis der 1993 beschlossenen UN-Resolution 816 zu (Beale 1997: 19). Zudem wurde, unmittelbar nach dem Kosovo-Krieg 1999, an dem die NATO mit der Operation „Allied Force“ ohne Mandat des Sicherheitsrates der UNO involviert war, zwischen den USA und Russland eine „konstruktive Zusammenarbeit“ vereinbart (vgl. United States Senate Foreign Relations Committee 1999). Auch waren in den Jahren 1999-2003 Kontingente der russischen Streitkräfte Teil der NATO-geführten Operation KFOR im Kosovo, und haben zuletzt ein Militärspital betrieben (vgl. NATO 2003).